

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses
am 30.06.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitzender)

CDU

Herr Bürgermeister Helling

Herr Nettelstroth (stellv. Vorsitzender)

Herr Rüter

Herr Werner (für Herrn Lux) (ab 16:35 Uhr)

SPD

Frau Biermann

Herr Hamann

Herr Sternbacher

Herr Grube (für Herrn Fortmeier)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rees

Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann

(bis 16:00 Uhr)

Herr Bolte

(ab 16:00 Uhr)

Die Linke

Frau Schmidt

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Nicht anwesend:

Herr Lux, CDU-Fraktion

Herr Fortmeier, SPD-Fraktion

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Moss

Herr Beigeordneter Kähler

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 21.06.2011 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Zur Tagesordnung weist er darauf hin, dass nach Versand der Einladung noch zwei Anfragen fristgerecht eingegangen seien, die als Tagesordnungspunkt 3.1 (Hissen der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Days - Anfrage der BfB) und als Tagesordnungspunkt 3.2 (Veröffentlichung von Bezügen in den Geschäftsberichten der städtischen Beteiligungen - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zusätzlich behandelt würden.

B e s c h l u s s:**Die Tagesordnung wird ergänzt um die Tagesordnungspunkte**

- 3.1 **Anfrage der BfB vom 20.06.2011 zum Hissen der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Days (Drucksache 2779) und**
- 3.2 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2011 zur Veröffentlichung von Bezügen in den Geschäftsberichten von städtischen Beteiligungen (Drucksache 2788).**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 16.Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 19.05.2011****B e s c h l u s s:**

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 16. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 19.05.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Mitteilungen****Punkt 2.1****Interkommunale Kooperation**

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 09.12.2010 ausführlich über die Aktivitäten zum Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit sowohl in der Region Ostwestfalen-Lippe als auch mit anderen Großstädten berichtet habe. Inzwischen gebe es erste konkrete positive Entwicklungen zu verzeichnen.

So habe er zusammen mit der Bürgermeisterin aus Gütersloh sowie mit den Bürgermeistern aus Herford, Minden, Detmold und Paderborn eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Fortbildung unterzeichnet. In einem schlanken anlassbezogenen Verfahren würden die Partner zu konkreten Seminarthemen bzw. Seminarangeboten gemeinsam Seminare organisieren. Neben dieser gemeinsamen Organisation sei vereinbart worden, sich auch regelmäßig über Fortbildungsthemen und Erfahrungen auszutauschen, um weitere Synergien zu erzeugen.

Darüber hinaus werde die Stadt Bielefeld vorbehaltlich einer Zustimmung der politischen Gremien künftig die Beihilfefälle für die Städte Minden und Herford bearbeiten. Der genaue Startzeitpunkt stehe noch nicht definitiv fest, möglicherweise werde dies der 01.01.2013. In diesem Zusammenhang habe auch der Kreis Herford Interesse signalisiert, seine Beihilfefälle von der Stadt Bielefeld bearbeiten zu lassen. Diesbezügliche Gespräche würden zurzeit geführt.

Im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten beabsichtigten die Städte Herford, Detmold und Minden ihre Verwarn- und Bußgelder von der Bußgeldstelle des Ordnungsamtes der Stadt Bielefeld bearbeiten zu lassen. Eine Zusammenarbeit könne voraussichtlich Ende 2012 / Anfang 2013 starten. Da in diesem Bereich teilweise rechtliches Neuland betreten werde, sei hier noch eine abschließende Abstimmung mit der Bezirksregierung erforderlich. Eine positive Vorabeinschätzung liege aber bereits vor.

Die Verwaltung erarbeite zurzeit in Abstimmung mit den Kooperationspartnern die notwendigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für die Bereiche Beihilfe und Bußgeld, die im Herbst nach der Genehmigung durch die Bezirksregierung den politischen Gremien vorgelegt würden. Zu diesem Zeitpunkt werde die Verwaltung auch nochmals umfassender zum Gesamtthemenkomplex „Interkommunale Zusammenarbeit“ berichten.

-.-.-

Punkt 2.2**Modernisierung der Feuerwehr-Leitstelle**

Frau Beigeordnete Ritschel teilt mit, dass am 16.06.2011 nach langer Vorbereitung und zweimonatiger Umbauzeit die Leitstellentechnik und damit die modernisierte Leitstelle in der Hauptfeuerwache wieder in Betrieb genommen worden sei. Während der Umbauphase sei die Leitstelle in die Feuerwache Nord verlagert worden, was sich sehr gut bewährt habe.

Im Zuge der Modernisierung seien verschiedene Teilsysteme komplett von analoger auf digitale Technik umgestellt und in ein Gesamtsystem mit einheitlicher Bedienoberfläche integriert worden. Im Einzelnen habe es sich um folgende Teilsysteme gehandelt:

- Notruf- und Funkabfrage incl. Sprachaufzeichnung
- FMS-System (Funkmeldesystem zur Statusanzeige aller Fahrzeuge der Feuerwehr in Verbindung mit dem Einsatzleitsystem)
- Sprachaufzeichnung
- Wachenalarmierung und Sicherheitstechnik
- Austausch der Disponentenarbeitsplätze einschl. Möblierung
- Einrichtung von Überlaufplätzen für zusätzliche Notrufabfragen bei Großschadenslagen
- Aufbau einer Rückfallebene für einen Leitstellen-Notbetrieb auf der Wache Nord

Mit der Modernisierung und Digitalisierung seien u. a. auch notwendige Voraussetzungen für die Einführung des Digitalfunks ab 2014 geschaffen worden. Die Gesamtkosten für die Modernisierung der Leitstelle hätten einschließlich aller Planungsleistungen bei rd. 1,3 Mio. € gelegen.

Punkt 2.3

Interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Brandschutzbedarfsplan

Frau Beigeordnete Ritschel kündigt an, die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans unmittelbar nach der Sommerpause einzuberufen.

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Hissen der Regenbogenflagge auf der Sparrenburg und vor dem Rathaus (Anfrage der BfB-Fraktion vom 20.06.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2779/2009-2014

Text der Anfrage:

Frage:

Plant der Oberbürgermeister wie im letzten Jahr anlässlich des CSD auf der Sparrenburg und vor dem Rathaus wieder die Regenbogenflagge hissen zu lassen?

1. Zusatzfrage:

Welche Spielräume räumt die Landesflaggenverordnung dem Oberbürgermeister im Bezug auf die Beflaggung an städtischen Gebäuden ein?

2. Zusatzfrage:

Falls die Regenbogenflagge tatsächlich gehisst wird, führt das dann nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung dazu, dass dann bei Veranstaltungen oder Jubiläen auch alle anderen Vereine in Bielefeld Anspruch darauf haben, dass ihre jeweiligen Fahnen vor dem Rathaus und auf der Sparrenburg aufgezogen werden, gleichgültig, ob es sich beispielsweise um Kaninchen-, Hühnerzuchtvereine, studentische Korporationen oder Schützenvereine handelt?

Im Rahmen der Beantwortung der Anfrage führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass er auch in diesem Jahr plane, anlässlich des Christopher Street Days (CSD) die Regenbogenfahne wieder hissen zu lassen, da dies eine wunderbare Möglichkeit sei symbolisch auszudrücken, dass Bielefeld eine moderne Großstadt sei, in der sich die Menschen einander ohne provinzielle Ressentiments begegnen würden. Der CSD sei weder eine Party wie die Loveparade noch ein Brauchtum wie der Karneval. Vielmehr sei der CSD ein Festtag, ein Gedenktag und ein Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. Gefeierte und demonstriert werde für die Rechte dieser Gruppen sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Als moderner Oberbürgermeister einer modernen Großstadt zeige er mit der Beflaggung seine Zustimmung zu dieser Botschaft und betone damit, dass in Bielefeld die Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung willkommen seien. In Bielefeld werde die Liebe respektiert – egal ob hetero oder schwul oder lesbisch. Dabei sei er sich der Zustimmung der Bielefelderinnen und Bielefeldern sicher. Im Übrigen sei die Spannweite der Teilnahme von Oberbürgermeistern an CSD-Veranstaltungen nichts besonderes mehr, was sich daran zeige, dass in Köln der Oberbürgermeister Rother den CSD eröffne, in Düsseldorf der Oberbürgermeister Elbers die Schirmherrschaft für den CSD übernommen und in München der Oberbürgermeister Ude anlässlich des CSD zum Rathaus-Clubbing eingeladen habe.

Zur ersten Zusatzfrage erläutert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass die Gemeinden nach eigener Entscheidung flaggen könnten, wenn dies aus örtlicher Veranlassung geboten oder wünschenswert erscheine. Sollte wegen einer örtlichen Veranstaltung geflaggt werden, so sei darauf zu achten, dass die Beflaggung nicht als Parteinahme in politischen Fragen gedeutet werden könne. Er erachte es als wünschenswert, Bielefeld als moderne Großstadt zu präsentieren, in der es keine Toleranz für Diskriminierung gebe. Die örtliche Veranlassung ergebe sich aus der Durchführung des CSD in Bielefeld.

Bezug nehmend auf die zweite Zusatzfrage erklärt Herr Oberbürgermeister Clausen, dass ein Anspruch aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung nicht bestehe. Zum Einen handele es sich nicht um klassisches Verwaltungshandeln durch Verwaltungsakte, die einer inhaltlichen Rechtskontrolle unterliegen würden. Darüber hinaus fehle es bei anderen Veranstaltungen oder Veranstaltern automatisch an der Gleichartigkeit. Abschließend weist Herr Oberbürgermeister Clausen darauf hin, dass er von der Möglichkeit der Beflaggung nur sehr zurückhaltend Gebrauch mache. Neben der Beflaggung anlässlich des CSD werde nur noch am 10. März geflaggt, um die Solidarität mit Tibet zu bekunden. Diese Zurückhaltung werde er auch weiter verfolgen, da jedes Symbol an Wert verliere, wenn es inflationär eingesetzt werde.

Herr Schulze erklärt, dass der Grund für seine Anfrage die vor einigen Jahren ergangenen Urteile gewesen seien, durch die Kommunen aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes dazu verpflichtet worden seien, Räumlichkeiten unter anderem auch an rechtsradikale Gruppierungen zu überlassen. Vor diesem Hintergrund habe sich ihm die Frage gestellt, ob ähnliche Ansprüche in Bielefeld hergeleitet werden könnten, wenn bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ein Beflaggungsrecht eingeräumt werde.

Herr Rees merkt an, dass diese teilweise durchaus berechtigten Ausführungen von Herrn Schulze aus dem Text der Anfrage nicht hervorgehen würden. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich die eindeutige Erklärung des Oberbürgermeisters zum Hissen der Regenbogenflagge, die anlässlich des CSD mittlerweile weltweit in über 1.000 Städten gehisst würde. Er sei froh darüber, dass es in Bielefeld Initiativen gebe, die sich um die Gleichstellung aller Menschen kümmern würden.

Auch Herr Sternbacher bedankt für die klaren Worte des Oberbürgermeisters. Durch das Hissen der Flagge setze Bielefeld ein deutliches Zeichen für Toleranz, hinter dem auch seine Fraktion ausdrücklich stehe.

Frau Schmidt begrüßt, dass die Anfrage von Herrn Schulze zu einer positiven Auseinandersetzung mit der Geschichte des CSD und einer über viele Jahre hinweg praktizierten Diskriminierung von Schwulen und Lesben geführt habe. Aus ihrer Sicht bestünde sogar die Verpflichtung, ein entsprechendes Zeichen zu setzen, was - wie die aktuelle Entwicklung in Ungarn zeige - auch in Europa noch nicht selbstverständlich sei.

Herr Bürgermeister Helling erklärt, dass seinerseits keine Bedenken gegen eine Beflaggung bestünden, solange dies nicht inflationär gehandhabt werde. Allerdings habe er kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung der Bitte der Pläßschule, anlässlich eines Besuchs des Botschafters von Costa Rica in der vorletzten Woche die Flagge von Costa Rica zu hissen, nicht entsprochen habe. Da ein derartiges Vorgehen nicht im Einklang zu den bisherigen Ausführungen stehe, bitte er um Überprüfung der Angelegenheit.

(Anmerkung: Nach Rücksprache mit dem Immobilienservicebetrieb sei anlässlich des Besuchs des Botschafters von Costa Rica am 17.06.2011 an der Pläßschule die Landesflagge Costa Ricas gehisst worden.)

Herr Buschmann bedankt sich für das konsequente Verhalten des Oberbürgermeisters. Dass Gedenktage in Bielefeld so durchgeführt werden könnten, wie sich die Betroffenen dies vorstellen würden, sei ein Zeichen für die liberale Haltung dieser Stadt.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 3.2

Veröffentlichung von Bezügen in den Geschäftsberichten von städtischen Beteiligungen
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2011)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2788/2009-2014

Text der Anfrage:

In welchen Geschäftsberichten 2010 von Gesellschaften, an denen die Stadt mehrheitlich bzw. an denen die Stadt mit einer Minderheitsbeteiligung engagiert ist, sind die Bezüge der Geschäftsführer/innen sowie der Mitglieder der Aufsichtsgremien (Aufsichtsräte, Verwaltungsräte bzw. Gesellschafterversammlungen) veröffentlicht worden?

Herr Stadtkämmerer Löseke verweist auf die den Mitgliedern des Haupt- und Beteiligungsausschusses vorliegende Aufstellung folgenden Inhalts:

Die Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer zum Jahresabschluss 2010 der nachfolgend genannten Gesellschaften und der Sparkasse Bielefeld sind – soweit sie der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt vorliegen – hinsichtlich der Veröffentlichung der Bezüge der Organe der Beteiligungen gesichtet worden:

1. Es liegen derzeit noch keine WP-Berichte vor für:
 - die WRB GmbH
 - das CVUA OWL AöR
 - die Krematorium Bielefeld Besitz-GmbH
 - die Wege durch das Land gem. GmbH
 - das Zentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH
 - die Zentrale Akademie für Berufe im Gesundheitswesen
 - das Wasserwerk Mühlgrund GmbH
 - die Elektrizitätsversorgung Werther GmbH
 - die Westfälische Propan GmbH
 - die Westfalen-Bahn GmbH
2. Folgende Gesellschaften mit den Organen Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung haben die Bezüge veröffentlicht:
 - BBVG mbH
 - Bielefeld Marketing GmbH
 - moBiel Service GmbH (nur Geschäftsführung)
 - Stadtwerke Bielefeld Netz GmbH (nur Geschäftsführung)
 - Solion Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bielefeld KG (nur Geschäftsführung)
 - Solion Beteiligungsgesellschaft mbH (nur Geschäftsführung)
3. Folgende Gesellschaften mit den Organen Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat haben die Bezüge veröffentlicht:
 - Sennestadt GmbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - REGE mbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - BGW mbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - WEGE mbH
 - Kunsthalle Bielefeld gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH

- (außer Gesellschafterversammlung)
- Stadtwerke Bielefeld GmbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH
 - moBiel GmbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - BiTel GmbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - Stadtwerke Ahlen GmbH
4. Folgende Gesellschaften mit den Organen Geschäftsführung / Vorstand, Gesellschafterversammlung / Verwaltungsrat / Aufsichtsrat / Beiräte o. ä. haben die Bezüge veröffentlicht:
- BBF GmbH (außer Gesellschafterversammlung)
 - Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH (nur Gesamtbezüge Aufsichtsrat, Beirat, keine Veröffentlichung Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung)
 - Sparkasse Bielefeld
5. Folgende Gesellschaften haben die Organbezüge nicht veröffentlicht:
- Klinikum Bielefeld gem. GmbH
 - Dienstleistungsgesellschaft Kliniken Bielefeld GmbH
 - Reinigungsgesellschaft Kliniken Bielefeld GmbH
 - Stadtwerke Gütersloh GmbH (nur Veröffentlichung Gesamtbezüge des Aufsichtsrates)
 - Interkomm GmbH

Frau Dr. Schulze bedankt sich für die Übersicht und äußert die Hoffnung, dass auch die unter Ziffer 5 genannten Gesellschaften im nächsten Jahr der sich aus dem Transparenzgesetz ergebenden Verpflichtung nachkommen würden.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 4

Stadtbiläum 2014 **Sachstandsbericht der Bielefeld Marketing GmbH**

Im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation geben Herr Holtkamp und Frau Dr. Klinkert zunächst einen kurzen Rückblick auf den moderierten Workshop vom 16.05.2011 („Ideen.Labor“), an dem 75 Akteure aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft teilgenommen hätten. Nach der Darstellung der Ziele des Stadtbiläums verweisen sie auf drei Schwerpunkte (nachhaltige Investitionen, temporäre kulturelle Stadtinszenierungen sowie interaktive Projekte) und stellen nachfolgend die Merkmale der Bielefelder Stadtidentität vor, um darauf aufbauend den Mottovorschlag „800 Jahre Bielefeld - Das gibt's doch gar nicht“ zu präsentieren. Darunter ließen sich verschiedene Überschriften, wie z. B. „Unglaublich.Natürlich“, „Unglaublich.Charmant“, „Unglaublich.Gastfreundlich“ etc. fassen, in deren Rahmen eine Vielzahl von Projekten durchgeführt werden könnten. Zur Frage des weiteren Verfahrens heben sie sodann auf die Initiierung einer Lenkungsgruppe und eines Kuratoriums ab und erläutern die Zusammensetzung und die Aufgabebereiche dieser beiden Gremien. Abschließend stellen sie noch mög-

liche Finanzierungsmodelle vor und kündigen an, ein erstes Finanzierungskonzept im Herbst 2011 vorzulegen.

Frau Dr. Schulze bedankt sich zunächst für die gelungene Umsetzung der Anregung ihrer Fraktion im Hinblick auf eine möglichst breite Beteiligung am Ideen.Labor. Allerdings stelle sie sich die Frage, ob es nicht möglich sei, die große Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Bielefeld noch stärker einzubinden und mitzunehmen, da es sich um ein Jubiläum für alle Bielefelderinnen und Bielefelder handele. In diesem Zusammenhang schlage sie vor, die Präsentation auch im Integrationsrat vorzustellen.

Herr Bürgermeister Grube erachtet das Motto und den darin enthaltenen Bezug zur Bielefeld-Verschwörung als hervorragend, da damit sehr viele Menschen etwas verbinden könnten. Es sei ein rundum gelungener Programmvorschlag präsentiert worden, bei dem auch der geschichtliche Aspekt nicht zu kurz komme. Des Weiteren regt er an, die Deutsche Post zu bitten eine Sondermarke herauszubringen.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses insbesondere um ein Meinungsbild, ob dem Motto und dem geplanten weiteren Verfahren zugestimmt werden könne.

Herr Rüter räumt ein, dass er im Vorfeld des Ideen.Labors durchaus ein wenig skeptisch gewesen sei. Diese Skepsis habe sich jedoch nach kürzester Zeit gelegt, da der Workshop von einem Höchstmaß an Kreativität geprägt gewesen sei. Da die Bielefeld-Verschwörung auch im Rahmen des Workshops unerschwellig immer wieder angesprochen worden sei, sei er von dem Motto sehr angetan, zumal dies auch über die Stadtgrenzen hinaus sehr ausbaufähig sein dürfte und alle Zielgruppen erreichen würde. Auf der Grundlage sollte weitergearbeitet werden.

Herr Schmelz lobt zunächst die gute Vorbereitung und Organisation der Ideenwerkstatt. Allerdings spreche er sich dafür aus, die Bürgerinnen und Bürger an der Auswahl des Mottos zu beteiligen. Das ebenfalls diskutierte Motto „Bielefeld spinnt“ finde er besser.

Frau Schmidt stimmt den Ausführungen zu und fordert ebenfalls eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine bessere Kommunikation der vorgesehenen Veranstaltungen.

Herr Sternbacher begrüßt die vorgestellte Konzeption ausdrücklich und erachtet eine erneute Diskussion über das Motto angesichts des Zeithorizonts als wenig zielführend, da letztendlich auch wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden müssten.

Herr Grube betont nochmals, dass seine Fraktion das Konzept inhaltlich voll unterstütze. Von daher beantrage er, den Vortrag zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, um die weiteren Verfahrensschritte in Gang setzen zu können.

Frau Dr. Schulze erklärt, dass auf der vorliegenden Grundlage gut weitergearbeitet werden könne und spricht sich ebenfalls für eine zustimmende Kenntnisnahme aus. Es sei unrealistisch und nicht praktikabel, über das Motto ein Plebiszit herbeizuführen. Sie erachte das vorgeschla-

gene Motto insbesondere in der Kombination mit den sich daraus ableitenden Überschriften wie Unglaublich.Kreativ etc. als hervorragend.

Herr Holtkamp bedankt sich für die breite Zustimmung und erklärt, dass in einem nächsten Schritt die interessierten Partner direkt und konstruktiv einbezogen würden. Unabhängig davon sei auch für neue Vorschläge noch ausreichend Zeit vorhanden.

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Bielefeld Marketing zum Stadtjubiläum 2014 sodann zustimmend zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Public Corporate Governance Kodex für die Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2583/2009-2014
2583/2009-2014/1

Herr Stadtkämmerer Löseke erklärt, dass die falsche Ausweisung der Überarbeitung der Regelung zu 4.7 „Altersgrenze Geschäftsführung“ in der ursprünglichen Vorlage die Erstellung einer Nachtragsvorlage notwendig gemacht habe. Darüber hinaus sei entsprechend der Beschlussfassung des Rates vom 26.11.2009 die Einhaltung einer Frauenquote von 40 % bei der Besetzung von Aufsichtsräten in städtischen Beteiligungsunternehmen aufgenommen worden. Vor diesem Hintergrund könne auch der Punkt 3 des ursprünglichen Beschlussvorschlages entfallen.

B e s c h l u s s:

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt den Public Corporate Governance Kodex mit den enthaltenen Standards und Richtlinien für die Stadt Bielefeld.

- 1. Bei unmittelbaren und mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen gilt der Kodex als verbindliches Regelwerk.**
- 2. Darüber hinaus wird er allen städtischen Beteiligungen zur Anwendung empfohlen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Umsetzungsschritte für den Kodex in die Wege zu leiten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6**Gemeinsam zur Energiewende - Bielefeld will's wissen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2759/2009-2014

2833/2009-2014

Frau Beigeordnete Ritschel erläutert kurz die wesentlichen Inhalte der Vorlage und unterstreicht insbesondere den relativ kompakten Zeitrahmen der begleitenden Bürgerbeteiligung, da vorgesehen sei, das modifizierte Energiekonzept noch Ende dieses Jahres im Aufsichtsrat der Stadtwerke zu behandeln. Dennoch ermögliche das skizzierte Verfahren durch die verschiedenen Bausteine (Internetforum, dezentrale Veranstaltungen im Stadtgebiet, Fachforen, Aktionstag im Rahmen der Bielefelder Klimawoche, Bürgerbeirat) aus ihrer Sicht eine möglichst breite Bürgerbeteiligung.

Herr Schmelz verweist auf seinen Änderungsantrag (Drucksache 2833) und spricht sich angesichts des engen Zeitrahmens dafür aus, das Verfahren der Bürgerbeteiligung bereits zielorientiert zu beginnen.

Herr Nettelstroth merkt an, dass sich die beantragten Änderungen schwierig in das von Frau Beigeordnete Ritschel vorgestellte Konzept einfügen dürften, das sehr eng mit den Stadtwerken abgestimmt worden sei. Insofern trage seine Fraktion das in der Informationsvorlage dargestellte Verfahren mit, auch wenn es sich um einen sehr ambitionierten Zeitplan handele, der aber in Anbetracht des Vorhabens durchaus gerechtfertigt und erforderlich sei.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die für den 15.07. geplante Auftaktveranstaltung schon detailliert vorbereitet und abgestimmt sei. Vor diesem Hintergrund bitte er Herrn Schmelz, den Antrag zurückzuziehen und die Inhalte als Anregung in das weitere Bürgerbeteiligungsverfahren einzubringen.

Frau Dr. Schulze erklärt, dass der Änderungsantrag einige gute Ansätze beinhalte, die als Anregung weitergegeben werden könnten. Das Konzept der Verwaltung bestehe aus ihrer Sicht dadurch, dass es sehr prozessorientiert, offen für Veränderungen, dezentral und nachhaltig sei. Sollte Herr Schmelz an seinem Antrag festhalten, würde ihre Fraktion ihn ablehnen, damit das Verfahren umgehend begonnen werden könne.

Frau Schmidt spricht sich ebenfalls dafür aus, den Änderungsantrag als Anregung aufzunehmen, um mit der Auftaktveranstaltung wie geplant am 15.07. starten zu können. Im Übrigen rege sie an, junge Menschen zum Beispiel über den Bielefelder Jugendring stärker in den Prozess einzubinden und darüber hinaus die Umsetzung länger als bis zum Ende des Jahres zu gestalten.

Frau Beigeordnete Ritschel erklärt, dass sie die Äußerungen aus dem politischen Raum seinerzeit so verstanden habe, dass der Prozess möglichst schnell begonnen werden sollte. Von daher sei die Auftaktveranstaltung bewusst noch vor die Sommerferien gelegt worden. Während der Sommerferien könne dann schon über das Internetforum agiert werden. Des Weiteren könnten in dieser Zeit sowohl der Bürgerbeirat eingerichtet sowie weitere Vorbereitungen für die nach der Sommerpause anstehen-

den Schritte getroffen werden.

Herr Schmelz erklärt, dass er seinen Änderungsantrag zurückziehe und darum bitte, die dargestellten Inhalte als Anregung für das weitere Verfahren weiterzugeben.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Informationsvorlage der Verwaltung „Gemeinsam zur Energiewende – Bielefeld will's wissen“ zustimmend zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 - Ziele und Kennzahlen hier: Produktgruppe 11.01.60 Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2714/2009-2014

Zu Beginn der Diskussion erklärt Herr Nettelstroth grundsätzlich zu den Tagesordnungspunkten 7, 8 und 9, dass man sich auch in anderen Ausschüssen darauf verständigt habe, auf der Basis der von der Verwaltung gelieferten Daten zu beginnen und eine Feintuning der Kennzahlen erst dann vorzunehmen, wenn neue Erkenntnisse vorliegen würden. Unabhängig davon sollte in anderen Kommunen abgefragt werden, wie dort mit der sich aus dem NKF ergebenden produktorientierten Gliederung umgegangen werde.

Frau Schmidt erklärt, dass aus den Vorlagen deutlich werde, dass mit reinen Zahlen keine Qualität abgebildet werden könnte. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass bundesweit in Fragen des NKF diskutiert werde, bestimmte Bereiche, die sich nicht in die NKF-Systematik einfügen würden, herauszunehmen.

Herr Rees merkt an, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auf Antrag der CDU-Fraktion eine detaillierte Vorstellung der Ziele und Kennzahlen in den jeweiligen Fachausschüssen beschlossen worden sei. Die Rückmeldungen aus den Ausschüssen seien eher unbefriedigend. Dennoch könne der teilweise erhobene Vorwurf, die Verwaltung habe nichts geliefert, so nicht stehen bleiben, da er hier auch die Politik in der Verantwortung sehe. Vor diesem Hintergrund sei auf politischer Ebene vereinbart worden, die Arbeitsgruppe NKF wieder zu reaktivieren und die Diskussion dort weiterzuführen. Zu gegebener Zeit könnten die Ziele und Kennzahlen dann erneut in den Ausschüssen aufgerufen werden.

Herr Sternbacher stimmt den Ausführungen zu und erklärt, dass die Hauptarbeit nunmehr auf der Grundlage der in den Ausschüssen gelieferten Informationen in der Arbeitsgruppe geleistet werden müsse. Aufgrund der Komplexität der Materie sollte zudem der Zeithorizont ausgeweitet werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass die Inhalte der Vorlagen die Handlungsgrundlage bei der Aufstellung des nächsten

Haushalts bilden würden, wenn die Politik diese ohne ändernde Beschlüsse zur Kenntnis nehmen würde.

Herr Nettelstroth betont, dass sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gezeigt habe, dass eine effektive Steuerung aufgrund des vorhandenen Datenmaterials nicht möglich gewesen sei. Vor diesem Hintergrund hätten sich die Arbeitsgruppe NKF und entsprechende Arbeitsgruppen der jeweiligen Fachausschüsse mit einer weitergehenden Differenzierung befasst. Er schlage nunmehr vor, mit diesen sicherlich noch unbefriedigenden Kennzahlen als einer ersten Grundlage zunächst zu arbeiten. Im weiteren Verfahren müssten jedoch im Abgleich mit anderen Kommunen wie auch im Rahmen interner Diskussionen Kennzahlen erarbeitet werden, die auch tatsächlich Steuerungsmöglichkeiten eröffnen würden.

Herr Schmelz fordert ein höheres Maß an Transparenz und ein möglichst kurzfristiges Einberufen der Arbeitsgruppe.

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 – Ziele und Kennzahlen des Büros des Rates (hier: Produktgruppe 11.01.60 Rat und Ausschüsse, Fraktionen und Gruppen) zur Kenntnis.

Zu Punkt 8

Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 - Ziele und Kennzahlen

Hier: Produktgruppe 11.01.27 – Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2604/2009-2014

(Zur Diskussion s. TOP 7)

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 – Ziele und Kennzahlen des Amtes für Integration zur Kenntnis.

Zu Punkt 9

Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 - Ziele und Kennzahlen des Feuerwehramtes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2663/2009-2014

(Zur Diskussion s. TOP 7)

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 – Ziele und Kennzahlen des Feuerwehramtes zur Kenntnis.

Zu Punkt 10**Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen
Handlungsfeld "Integration"**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2698/2009-2014

Herr Rees weist darauf hin, dass im Integrationsrat ein Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen worden sei und er nunmehr darum bitte, diesen Beschluss des Integrationsrates im Haupt- und Beteiligungsausschuss nachzuvollziehen.

Herr Nettelstroth erklärt, dass ihm dieser Beschluss nicht vorliege und insofern keine Abstimmung mit seiner Fraktion möglich gewesen sei. Von daher bitte er darum, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 14.07.2011 zu vertagen.

Herr Rees erachtet eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung unter dem Aspekt der Planungssicherheit für die Träger zwar grundsätzlich als wichtig und sinnvoll, erklärt sich aber mit einer Vertagung einverstanden.

Herr Stadtkämmerer Löseke weist darauf hin, dass es um Budgetfragen gehe, die letztlich im Rat zu entscheiden seien.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und ist in der nächsten Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 14.07.2011 zu behandeln.

-.-.-

Zu Punkt 11**Beteiligung der Stadtwerke Ahlen GmbH an der "Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH"**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2666/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der 15%-Beteiligung der Stadtwerke Ahlen (SW Ahlen) GmbH an der „Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH“ mit einer Stammeinlage in Höhe von 48.000 € zu.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages der „Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH“ zu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das erforderliche Anzeigever-

fahren nach § 115 Abs. 2 GO NRW bei der Bezirksregierung einzuleiten.

Die Beschlussfassungen zu 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO Abs. 2 NRW sowie unter dem Vorbehalt der Zustimmung zur Gründung durch den Rat der Stadt Ahlen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Anpassungsbedarf der Gesellschaftsverträge städtischer Beteiligungen an verschiedene Gesetzesänderungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2576/2009-2014

Die Mitglieder des Haupt- und Beteiligungsausschusses nehmen die Informationsvorlage über den Anpassungsbedarf der Gesellschaftsverträge städtischer Beteiligungen an verschiedene Gesetzesänderungen zur Kenntnis.
